

SIMMERING SENKT IM BEREICH  
ENKPLATZ DIE TABAKSTEUER



## Bundesländer und Steuern: Gestalten anstatt verwalten

**Gastkommentar.** Die Steuerautonomie gibt die Verantwortung für Einnahmen und Ausgaben in eine Hand. Profitieren können die Bürger.

VON CHRISTIAN KEUSCHNIGG

Der Föderalismus in Österreich macht Länder und Gemeinden unmündig. Sie müssen mit fixen Ertragsanteilen an den gemeinsamen Steuereinnahmen auskommen. Eigene Steuerquellen haben sie keine. Wo bleibt die Entscheidungsfreiheit, mehr oder weniger Leistungen zu finanzieren, wenn die Einnahmen fest vorgegeben sind? Sie müssen mit dem auskommen, was ihnen zugewiesen wird. Sie können nur verwalten anstatt zu gestalten.

Was die Wählerinnen und Bürger in Wien, Tirol und Vorarlberg von ihrer Landespolitik erwarten, ob sie mehr öffentliche Leistungen wünschen oder lieber weniger Steuern zahlen, unterscheidet sich. Doch Ländern und Gemeinden sind fiskalisch die Hände gebunden. Die zahlreichen Kompetenzverflechtungen und Mehrfachzuständigkeiten machen es zusätzlich schwer. Wie kann jemand Politik gestalten und diese verant-

worten, wenn ihm ständig andere Stellen dreinreden?

Die fehlende Autonomie der Länder und Gemeinden ist kostspielig. Am schlimmsten sind die fehlenden Sparanreize. Wenn die Einnahmen fix vorgegeben sind, können die Länder die Steuern nicht separat für die eigenen Bürger senken. Es bleibt nur noch, jeden Euro auszugeben und nachher dem Finanzminister mitzuteilen: Es reicht nicht!

### Hochsteuerland Österreich

Bei den nächsten Verhandlungen zum Finanzausgleich geht es dann nur noch darum, möglichst hohe Ertragsanteile am gemeinsamen Steuerkuchen herauszuholen.

Es ist kein Wunder, dass wir in einem Hochsteuerland leben. Landespolitiker, die sich gegen Steuerautonomie wenden, wollen bei ihren Wählern nur mit hohen Leistungen und Ausgaben glänzen. Für eine niedrige Steuerbelastung zu kämpfen scheint nicht ihr Anliegen zu sein. Sie wollen nur die

Hälfte des Budgets gestalten und nur die Hälfte der Politik verantworten. Daher muss der Bundesfinanzminister die Steuern gemeinsam verhandeln und vorschreiben. Wo bleibt die Unabhängigkeit?

Mangelnde Sparanreize sind nicht die einzigen Kosten für Österreich. Weil es Ländern und Gemeinden an Gestaltungsmöglichkeiten fehlt, können sie weniger gut auf lokale Unterschiede eingehen. Zudem leiden Transparenz und politische Kontrolle. Die Politik sollte sich mit attraktiven Leistungen, aber auch mit einer attraktiven Steuerbelastung rechtfertigen. Aber ohne Steuerautonomie können die Bürger nicht erkennen, welcher Teil der Steuerbelastung auf das Konto der Landespolitik geht. Sie können sich kein Bild vom Preis-Leistungs-Verhältnis machen und die lokale Politik für die verursachte Steuerbelastung zur Rechenschaft ziehen.

Steuerautonomie verursacht Steuerwettbewerb. Dieser verhindert manche Auswüchse bei

den Ausgaben und trägt zur Eindämmung der Steuerbelastung bei. Vor einem Steuerwettbewerb nach unten muss man sich nicht fürchten. Die Länder und Gemeinden brauchen ihre Steuereinnahmen, um Ausgaben und Leistungen zu finanzieren.

Was unterschiedlich ist, soll man nicht über einen Kamm scheren. Mit Steuerautonomie käme es zu verschiedenen politischen Lösungen mit unterschiedlich hohen Steuern und Leistungen. Die Länder können erst dann voneinander lernen, wenn die Politikansätze unterschiedlich sind. Das fördert die Innovation in der Politik.

Einnahmen- und Ausgabenverantwortung gehören in eine Hand. Um positive Ergebnisse für alle zu sichern, braucht der fiskalische Wettbewerb Leitplanken, eine griffige Schuldenbremse und einen solidarischen Finanzausgleich. Jedes Land soll seine Ausgaben selbst verantworten und nicht andere dafür zahlen lassen.

### Finanzausgleich ist notwendig

Mit einer Schuldenbremse kann ein Land seine Steuern nur senken, wenn es auch bei den Ausgaben einspart. Nur so können die Bürger beurteilen, ob das Preis-Leistungs-Paket besser ist als anderswo, und die lokale Politik zur Rechenschaft ziehen.

Damit im Steuerwettbewerb die Solidarität erhalten bleibt, ist ein Finanzausgleich notwendig. Reiche Bundesländer zahlen ein, arme erhalten Zuzahlungen. Mit diesen Budgetzuschüssen fällt das Aufholen leichter. Es darf jedoch nicht passieren, dass ein Land seine Steuern senkt und sich die Mittel aus dem Finanzausgleich auf Kosten anderer erstatten lässt.

Deshalb sollen die Ein- und Auszahlungen von objektiven Kriterien der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängen und nicht von den tatsächlich gewählten Einnahmen und Ausgaben.

Jedes Land muss die Konsequenzen seiner Politik selbst tragen. Derzeit bleiben 77 Prozent

der Einkommensteuer beim Bund, 23 Prozent gehen als Ertragsanteile an die Länder.

### Vier Stufen zur Umsetzung

Der Umsetzungsplan des WPZ (mit dem Institut für Föderalismus und Agenda Austria) für eine Steuerautonomie der Länder besteht aus vier Stufen.

► Erstens, der Bund überweist nichts mehr an die Länder und senkt seine Steuersätze so weit ab, dass seine Nettoeinnahmen gerade gleich bleiben, etwa von 50 auf 39 Prozent in der vorletzten Tarifstufe. Die Lücke von elf Prozent geht als eigener Steuersatz an die Länder, berechnet als Zuschlag zum niedrigeren Bundestarif. In jeder anderen Tarifklasse erfolgt dieselbe Aufspaltung.

► Zweitens, der Finanzausgleich, der im heutigen Verteilschlüssel des Steueraufkommens versteckt ist, wird in einen transparenten offenen Finanzausgleich umgewandelt. So kann jedes Bundesland mit demselben Steuersatz starten und zusammen mit dem Finanzausgleich exakt gleich hohe Einnahmen erzielen wie bisher. Es darf bei der Umstellung keine Gewinner und Verlierer geben.

► Drittens, in einer dreijährigen Übergangsphase wird das neue System erprobt. Die Bundesländer erhalten die Ertragsanteile wie bisher. Gleichzeitig zeigt eine Parallelrechnung, wie sie mit ihrem eigenen Steuersatz zusammen mit dem Finanzausgleich exakt die gleichen Einnahmen erzielen. Drei Jahre kann nachadjustiert werden.

► Der vierte Schritt ist der Start in die Steuerautonomie. Die Länder können den Zuschlagssatz unabhängig wählen und damit die Steuern senken oder erhöhen. Die Zahlungen des Finanzausgleichs bleiben unverändert, sodass jedes Land die Konsequenzen seiner Politik selbst trägt. Einnahmen- und Ausgabenverantwortung liegen in einer Hand.

### Die Länder mit einspannen

An dieser Reform sollten alle interessiert sein. Die Länder, weil sie endlich an allen Hebeln der Politik drehen können; die Familien und Unternehmen, die eine bessere, auf lokale Verhältnisse zugeschnittene Politik mit einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis erwarten dürfen. Die Bundesregierung sollte mehr Interesse zeigen, wenn sie die Steuerquote senken will.

Die Länder sind für 23 Prozent der Einkommensteuerbelastung verantwortlich. Dann wäre es gut, sie in dieses Vorhaben einzuspannen und ihre Sparanreize mit fiskalischem Wettbewerb zu stärken.

### DER AUTOR



#### Christian Keuschnigg

(geboren 1959 in St. Johann in Tirol) studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Innsbruck. 1997 wurde er Professor für Finanzwissenschaft an der Universität des Saarlandes, seit 2001 ist er Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen. Von 2012 bis 2015 war er Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien. Seit 2015 Leiter des Wirtschaftspolitischen Zentrums (WPZ) in Wien.

[Fabry]

E-Mails an: [debate@diepresse.com](mailto:debate@diepresse.com)